



## Ist Kapitalismus noch zukunftsfähig?

Norbert Bernholt, Klaus Simon

Mai 2018

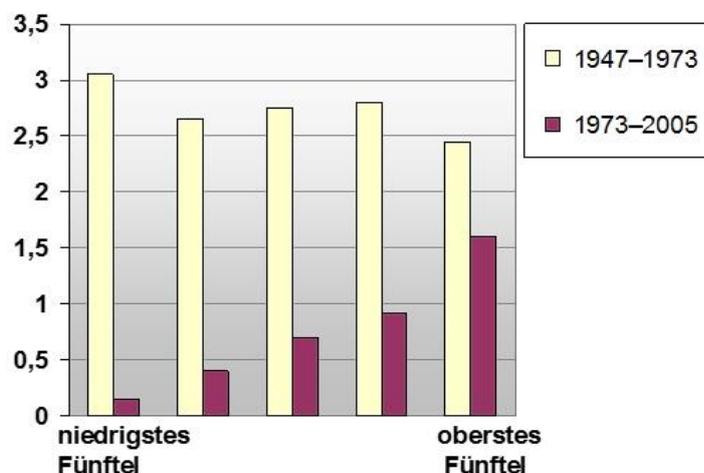
*Wir haben die wesentlichen Fehlentwicklungen gesehen, welche durch das kapitalistische System hauptsächlich verursacht werden: Fehlverteilung mit der Folge sozialer Konflikte, zwanghaftes Wirtschaftswachstum mit dem Resultat ökologischer Schäden, wachsende Verschuldung gepaart mit Finanzkrisen sowie die Gefahren einer wahnwitzigen Hochrüstung. Und diese krisenhafte Entwicklung hat Folgen, z.B. die Flüchtlingskrise: Abermillionen Menschen sind durch Krieg, Klimafolgen und Hunger an Leib und Leben bedroht – doch wo sollen Abermillionen Asyl finden? Oder die wachsende Terrorgefahr: Wenn so viele Menschen wie derzeit sich gedemütigt fühlen und nichts zu verlieren haben – werden wir dann noch ruhig leben können?*

*Alle diese unbehaglichen Fragen führen zur immer gleichen Antwort: Es muss sich was ändern – das scheint ganz klar. Nicht so klar ist dagegen die folgende Fragestellung: Wird die notwendige Änderung durch Reformen innerhalb des Systems möglich sein, oder brauchen wir doch ein anderes?*

### Reformen in der Vergangenheit

Das wohl bedeutsamste Beispiel **sozialer Reformen** ist der *New Deal* des amerikanischen Präsidenten *Franklin Delano Roosevelt* nach der Weltwirtschaftskrise (vgl. Nr. 4). Die Einkommensteuerspitzensätze wurden vier Jahrzehnte lang auf z.T. über 90 % Prozent erhöht. Dies begrenzte die Markteinkommen des obersten Zehntels dauerhaft. So hatten nun alle Schichten an der wirtschaftlichen Wohlfahrt teil. Das Ergebnis war eine aus heutiger Sicht unglaubliche soziale Entwicklung. Der jährliche Einkommenszuwachs war hoch und verteilte sich über die gesamte Bevölkerung. Am meisten profitierte das unterste Fünftel; die Grafik zeigt es im Vergleich zur Epoche nach 1973:

**USA: Jährlicher Einkommenszuwachs in Prozent nach Fünfteln der Bevölkerung**



Quelle: U.S. Census, Einkommen vor Steuer und Sozialleistungen, nach Joachim Jahnke  
Klaus Simon 2013

„Als F. D. Roosevelt sagte, niemand solle mehr verdienen können als 25.000 \$, was heute 200.000 \$ im Jahr entspricht, hat ihn niemand bezichtigt, verrückt geworden zu sein“ (*Robert Reich*).

Um den Abbau sozialer Ungleichheit sicherzustellen, ordnete der *New Deal* zugleich auch das **Finanzsystem** neu. Es gelang über Jahrzehnte, die Banken zu zähmen. Und obendrein führte die strikte Einkommensbegrenzung zur Abschwächung des Vermögenswachstums, was das generelle Überschuldungsproblem eindämmte.

Die US-Banken kamen unter staatliche Aufsicht, das Trennbankensystem verbot Spekulationsgeschäfte für Geschäftsbanken, es wurden ein Einlagensicherungsfonds (FDIC) sowie eine Aufsichtsbehörde für das Wertpapiergeschäft (SEC) eingerichtet.

Alle diese Reformschritte konnte die Roosevelt-Administration nach dem Schock der Großen Depression durchsetzen. Unter den Bedingungen des heute global agierenden Kapitals wäre das weder im nationalen Alleingang möglich, noch ließe die aktuelle Machtkonstellation solche Reformen überhaupt zu (es ist ja kein Zufall, dass alle New-Deal-Elemente in der Zwischenzeit demontiert wurden). Doch immerhin ist festzuhalten:

→ Die Fehlverteilung des kapitalistischen Systems ist mittels sozialer Reformen zwar nicht grundsätzlich überwindbar, konnte aber über Jahrzehnte erfolgreich eingedämmt werden. Das ist – etwa nach dem Schock einer erneuten Krise – auch für die Zukunft denkbar.

## Ganz neue Reform-Herausforderungen

Neben Hunger, Unterernährung, Flucht, Migration u.a.m. bestehen vor allem zwei Resultate kapitalistischen Wirtschaftens, die in der bisherigen Geschichte ohne Beispiel sind: die atomare Bedrohung und die Schädigung des Ökosystems. Werden Reformen diese neue und verhängnisvolle Entwicklung bremsen können?

Ein schrittweises **Eindämmen der atomaren Bedrohung** ist auch unter kapitalistischen Verhältnissen möglich, das zeigen bisherige Abrüstungserfolge.

Die Anzahl der Atomsprengköpfe konnte seit Mitte der 1980er Jahre von 70.000 auf aktuell 15.395 gesenkt werden.

Ein vollständiger Abbau ist jedoch nicht zu erhoffen. Zum einen kann der militärisch-industrielle Komplex der Großmächte nicht auf seine Profite verzichten, er braucht Aufrüstung. Und zum anderen besteht Verdrängungswettbewerb zwischen den internationalen Konzernen und also zwischen den Staatengruppen, welche die Konzerninteressen vertreten. Das Erpressungspotenzial, welches sich mit dem Besitz von Atomwaffen verbindet, ist dabei ein unverzichtbarer Erfolgsfaktor. Die Wahrung ihrer Partialinteressen zwingt die Akteure somit, das dringliche gesellschaftlichen Gesamtinteressen der Ächtung atomarer Waffen hintenanzustellen.

→ Die Abkehr der Menschheit vom täglichen Routinebetrieb des Nuklearpotentials ist zwar nicht völlig undenkbar. Aber ein gänzlicher Ausstieg ist unter der kapitalistischen Konkurrenz-Situation nicht möglich. Der Verzicht auf erreichte Machtpositionen hätte für die Akteure eine fatale Wirkung und würde erst dann akzeptabel, wenn kein Verdrängungswettbewerb mehr bestünde. Das aber wäre nicht mehr Kapitalismus.

Auch das **Eindämmen ökologischer Folgeschäden** der kapitalistischen Wirtschaft hat hin und wieder funktioniert – trotz widerstreitender Profitinteressen. Das zeigt bspw. der weltweite FCKW-Ausstieg Anfang des Jahrtausends.

FCKW wurden jahrzehntelang industriell eingesetzt. Große Mengen gelangten in die Erdatmosphäre. Dabei freiwerdendes Chlor hatte die Ozon-Schicht bereits empfindlich geschädigt, als im Jahr 2000 schließlich das Absenken der weltweiten FCKW-Produktion auf ein Zehntel ausgehandelt wurde; bald folgte der vollständige Ausstieg.

Für eine wirkliche Trendwende ist jedoch eine allumfassende Reduktion der ökologischen Belastung nötig. Diese wird von den Vertretern des *Green New Deal* angepeilt. Mit gigantischen Investitionen für grüne Technologien geht es um gleich vier Vorteile auf einen Streich: Weitere Kapitalverwertungsmöglichkeiten und Wirtschaftswachstum, Sicherung von Arbeitsplätzen sowie Reduzierung ökologischer Folgeschäden. Dabei werden zentrale Mechanismen des kapitalistischen Systems nicht etwa als zu überwindende Ursachen der Ökokrise begriffen. Sondern ganz im Gegenteil soll die Triebkraft des Kapitalismus – der Algorithmus der Gewinnmaximierung – für diese Überwindung dienstbar gemacht werden (*Peter Barnes*). Im Kern geht es also um Innovation plus Wachstum: *Green Growth*. Dazu bestehen allerdings erhebliche Bedenken:

- Die angestrebte Ressourcenproduktivität wird durch weiteres Wirtschaftswachstum nivelliert – ein typischer Rebound-Effekt.

- Wenn der Ressourcenverbrauch bis 2050 um Faktor 10 sinken muss, was heute weitgehend Konsens ist, würde das bei nur 2 % Wirtschaftswachstum in Wahrheit Faktor 27 bedeuten (*Fred Luks*).
- Das Bekenntnis zu grünem Wirtschaftswachstum ist generell problematisch: Weder auf der Entstehungs- noch der Verwendungsseite des BIP wäre ein Wertschöpfungszuwachs denkbar, der schlicht keinerlei Umweltschäden verursacht. „Nur unter der Voraussetzung, dass das BIP gerade nicht wächst, haben grüne Technologien überhaupt eine Chance, die Ökosphäre zu entlasten“ (*Niko Paech*).
- Die Ressourcen- und Schadstoffbelastung bei der Herstellung grüner Technologien addiert sich zunächst zur bisherigen Belastung, bevor die Technologien später Entlastung bringen. Die bisherige Belastung ist aber bereits viel zu hoch.

Wie unerwartet schwer dieser letzte Punkt ins Gewicht fällt, mag folgendes Beispiel zeigen:

Kristalline Solarzellen benötigen zwischen 2 und 6 Jahren, bis sie so viel Energie erzeugt haben, wie für ihre Herstellung nötig war. Über die gesamte Herstellungskette vom Baggern des Quarzsandes bis zur Endmontage sind es noch weit mehr (es gibt dazu unterschiedliche Angaben). Im Folgenden wird der Gesamtenergiebedarf zur Herstellung einer Solaranlage vorsichtig mit einem Drittel der späteren Nutzenergiemenge angesetzt. Und nun soll die weltweite Solarenergieproduktion um 10 % gesteigert werden:

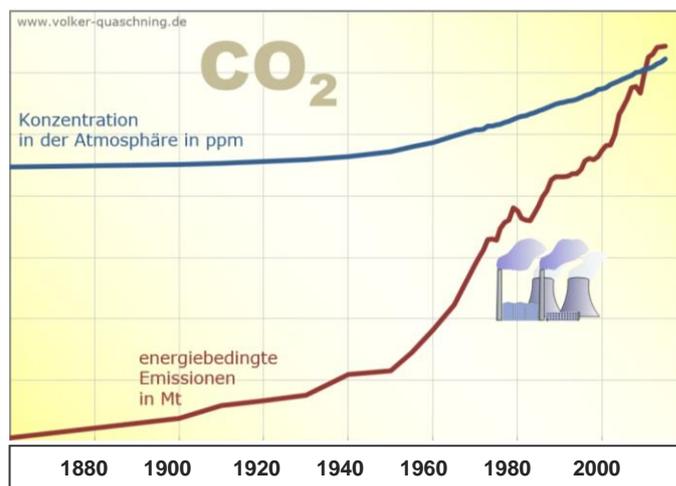
Weltweit erzeugte Elektroenergie derzeit:	ca. 20.000 Mrd. kWh
davon angestrebter Solar-Anteil 10 %:	2.000 Mrd. kWh
Nutzenergie dieses Anteils bei 20 Jahren Laufzeit:	40.000 Mrd. kWh
<b>davon ein Drittel für die Herstellung:</b>	<b>ca. 13.300 Mrd. kWh</b>

Für die (eigentlich dringend nötige) Herstellung der Anlagen für 10 % mehr Photovoltaik-Kapazität entstünde ein zusätzlicher Energiebedarf in Höhe von zwei Dritteln des Welt-Jahresverbrauchs an Elektroenergie. Und der gegenwärtige Energie-Mix liegt noch immer bei 81,1 % fossilen Brennstoffen und 10,3 % Bioabfällen (Primärenergie weltweit, IEA 2015). Ein solches Vorhaben ist also zunächst mit stark steigender CO<sub>2</sub>-Emission verbunden. Genau die aber muss dringend gesenkt statt erhöht werden, es bleibt dafür nur noch ein Zeitfenster von wenigen Jahren. Die Sache ist schon wirklich verzwickelt...

Der *Earth Overshoot Day* (Erdüberlastungstag) ist jener Tag des laufenden Jahres, an dem der menschliche Bedarf an natürlichen Ressourcen die Biokapazität der Erde übersteigt. Alles was über diesen Tag hinaus an Ressourcen verbraucht und an Schadstoffen ausgestoßen wird, geht auf Kosten unserer Zukunft. Der Overshoot Day lag 1987 auf dem 19.12. und rückt seitdem unaufhaltsam nach vorn: 2000 am 1.11., 2010 am 21.8., 2017 am 2.8.

→ Wirtschaftsleistung und Naturverbrauch sind unterschiedliche Größen, theoretisch können sie sich voneinander unabhängig entwickeln.

In der Praxis aber ist zusammen mit der weltweiten Wirtschaftsleistung bisher stets auch die Umweltbelastung gestiegen: das zeigen der ökologische Fußabdruck und der Overshoot Day.



Die Kurven der Effizienzgewinne weisen steil nach oben. Die Kurven der Umweltbelastung aber leider ebenso.

Solange Effizienzgewinne trotz aller Bemühung keinen Rückgang des ökologischen Fußabdrucks ermöglichen, kann der Weg zur Nachhaltigkeit nur *über ein Absenken von Konsum und Wirtschaftsleistung führen*. Ein Absenken, das sofort beginnen muss, nicht 2050! Wegen des zusätzlichen Ressourcenbedarfs zur dringend nötigen Herstellung grüner Technologien ist weiteres Absenken bei herkömmlichen Industriesegmente nötig. Und wegen des Aufschließens wirtschaftlich unterentwickelter Länder besteht für die heutigen Industrienationen gleich noch ein dritter Zwang zur Absenkung. Ob etwa später dank neuer Technologien wieder Wirtschaftswachstum denkbar würde (solange der ökologische Fußabdruck unter 1 bleibt) – das ist Zukunftsmusik. *Jetzt* müssen wir schnellstmöglich zu einem Wert unter 1 gelangen, und unter gegenwärtig absehbaren Möglichkeiten ist das nur durch einen summarischen *Rückgang von Wirtschaftsleistung und Konsum* erreichbar.

→ Neben skrupellosen Akteuren finden sich unter den Vertretern der kapitalistischen Ideologie auch immer verantwortungsvolle Kräfte, welche Fehlentwicklungen erkennen und korrigieren wollen. Sie rufen im wohlverstandenen Eigeninteresse zur Entlastung des Ökosystems auf. Doch auf Grundlage heutiger Technologien sind ökologische Probleme offenbar nur durch Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zu lösen: Wir brauchen eine Ökonomie des Absenkens statt des Wachstums. Ohne Wirtschaftswachstum aber gibt es keine Kapitalakkumulation: das vermehrt zurückgekommene Kapital braucht für seinen erneuten Einsatz eine vermehrte Wirtschaftsleistung. Wir müssen also weg von der Verwertung und Akkumulation des Kapitals. Und das aber wäre nicht mehr Kapitalismus.

**Die Lösung der Ökokrise ist unter kapitalistischen Bedingungen undenkbar. Eine Postwachstumsökonomie ist als Resultat kapitalistischer Reformen nicht zu erreichen. Denken wir also gemeinsam über eine neue und zukunftsfähige Gesellschaftsformation nach, welche die Nachteile des Kapitalismus hinter sich lässt.**

Empfohlene Literatur:

Klaus Simon: Zwickmühle Kapitalismus, Tectum-Verlag, Marburg 2014

V.i.S.d.P.: Norbert Bernholt, 21335 Lüneburg  
[nbernholt@t-online.de](mailto:nbernholt@t-online.de),  
[www.akademie-solidarische-oekonomie](http://www.akademie-solidarische-oekonomie)

**Akademie Solidarische Ökonomie –  
in Trägerschaft der Stiftung Ökumene,**  
Lindenspürstraße 30, 70176 Stuttgart

Gefördert mit Mitteln des evangelischen Kirchlichen Entwicklungsdienstes, Stiftung Die Schwelle, Misereor, Evang. Kirche in Westfalen, Evang. Kirche in Kurhessen-Waldeck, Evang.-luth. Landeskirche Hannovers